

Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr Dönhoff (A) 3600-3665, Fernverkehr Dönhoff 3686-3698. Telegramme: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660.

Berlin

Preis monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld. Anzeigen: mm-Zeile 32 Pf., Familien-Anz. mm-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. [Anwärter 15 Pf.] · Nr 496

DIENTSTAG, 17. OKTOBER 1933

ABEND-AUSGABE

Tarifverträge sind aufrechtzuerhalten Balkan distanziert sich

Beicht der Vossischen Zeitung

Eine Anordnung des Reichsarbeitsministers gegen Senkung des Lohnniveaus

Der Reichsarbeitsminister teilt im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister und dem Bevollmächtigten des Führers für Wirtschaftfragen mit:

„Seit Erlass des Gesetzes über die Tarifverträge der Arbeit hat die Reichsregierung mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß es eine wesentliche Aufgabe der Tarifverträge ist, die vorhandenen Tarifverträge, insbesondere des Lohnniveaus, aufrechtzuerhalten. Nur in begründeten Fällen dürfen die Tarifverträge eine Minderung von Tarifbedingungen, die sozial oder wirtschaftlich nicht mehr länger zu vertreten sind, vornehmen.“

An dieser Richtlinie muß die Reichsregierung schon deshalb festhalten, weil sie jede Gefährdung ihres nächsten Hauptziels, nämlich der Befähigung der Arbeitslosigkeit, unter allen Umständen vermeiden muß. Eine grundsätzliche Änderung des Lohnsystems, wie zum Beispiel die allgemeine Einführung eines Mindestlohns oder wesentlich verlängerte Kündigungsfristen usw., kann jetzt also ebensowenig wie eine materielle Minderung der Lohnhöhe in Betracht gezogen werden.

Die Tarifverträge sind erneut angeordnet worden, in diesem Sinne ihre Auswirkungen zu treffen. Es ist also zu vermeiden, daß einzelne Verbände Änderungen auf grundsätzliche wirtschaftliche Reformen an die Tarifverträge richten. Ebenso hält es die Reichsregierung

für erwünscht, daß in der öffentlichen Diskussion die notwendige Rücksichtnahme auf die erwähnten wirtschaftlichen Richtlinien geübt wird, auf eine Beeinträchtigung der Arbeitnehmer und Unternehmer zu vermeiden.“

Göring und Goebbels als Zeugen benannt

Zum Schluß der heutigen Sitzung im Reichstagsbrand-Prozess teilte der Oberreichsanwalt mit, daß die Verhandlung nach einer der üblichen Verzögerungen des Verhandlungsbetriebes beruhen werde; die Behauptung, daß durch die unterbrechenden Zeugnisse, die vom Reichspräsidentenpolizeis zum Reichstag herbeiführen, eine Brandstiftung vorliegen könne.

Zur Abklärung dieser im Auslande verbreiteten Verleumdung wurde Ministerpräsident Göring, Reichsminister Goebbels sowie Polizeipräsident Heines, Oberleutnant Schulz und Graf Helldorf als Zeugen gebeten.

Prozessbericht unseitig!

Amerika zieht sich zurück

Eine offizielle Erklärung Norman Davis

GENF, 17. Oktober

Auf Grund der gestern aus Washington eingetroffenen Instruktionen hat der amerikanische Hauptdelegierte Norman Davis folgende offizielle Erklärung veröffentlicht: Wir sind in Genf einzig und allein zu Beratungen gekommen. Solange eine Möglichkeit besteht, die Verhandlungen über die Abrüstung erfolgreich fortzusetzen, werden wir gern dazu beitragen. Wir sind jedoch nicht an dem politischen Element oder an irgendeiner rein europäischen Seite des Problems interessiert. Wir stellen nochmals fest, daß wir in keiner Weise politisch an irgend eine europäische Macht gebunden sind. Jede Übereinstimmung der Meinungen, die etwa bestanden hat, hat sich allein auf die Frage der Weltarbeit bezogen. Ob die Umstände für die Fortsetzung der gegenwärtigen Abrüstungsverhandlungen günstig sind oder nicht, ist eine Frage, die von Europa und nicht von den Vereinigten Staaten beantwortet werden muß. Im Laufe dieser Woche werden Befragungen zwischen den europäischen Hauptstädten stattfinden. Wir wünschen nicht an diesen Befragungen aktiv teilzunehmen, da vor Voraussetzungen rein politischer sind. Die im Mai dieses Jahres vom Präsidenten Roosevelt in seiner Rede an die Staatsversammlungen aufgestellten Grundsätze bleiben für die Politik der Vereinigten Staaten verbindlich.

Die Erklärungen von Norman Davis sind von sehr großer

Bedeutung. Sie bestätigen zunächst, daß die Regierung Roosevelt, der Stimmung der amerikanischen Bevölkerung entsprechend und der traditionellen Rüstungspolitik der Vereinigten Staaten getreu, sich von den politischen Konflikten Europas fernhalten entschlossen ist. Der amerikanische Unterhändler sieht, dem Text seiner Ausführungen nach, die entstandene Spannung weniger in sachlichen Differenzen über die Abrüstung, als in politischen Elementen oder in rein europäischen Seiten des Problems begründet. Wo bei der Abrüstungsfrage die Grenze zwischen Abrüstungsfragen und politischen Fragen gezogen werden soll und wie sie gezogen werden kann, bleibt ein Geheimnis.

Norman Davis kündigt Gespräche zwischen den europäischen Hauptstädten für diese Woche an. Wird es sich bei ihnen nicht um Abrüstungsfragen handeln, an denen die Amerikaner interessiert sind, sollen diese Abrüstungsfragen mit einem Male politische Fragen geworden sein, oder können europäische Meinungsverschiedenheiten über die Abrüstung getrennt werden von den Verhandlungen über die Abrüstung überhaupt? So viele Fragen, so wenig Antworten. Gleichwohl wird man von der amerikanischen Erklärung nicht übersehen sein, denn es war ja niemals damit zu rechnen, daß die Amerikaner ihrer Isolierungspolitik untreu werden würden.

ausgedrückten Gefühl gegen Frankreich in Einklang gebracht werden könnten, habe Goebbels geantwortet, daß das Freundschaftsangebot, das Hitler an Frankreich machte, ein Beweis für die Evolutionseigenschaft der nationalsozialistischen Partei sei. Schon seit längerer Zeit sei eine Veränderung in der Haltung Deutschlands gegenüber Frankreich vor sich gegangen. Wenn Deutschland die Saat zurückbrachte, werde es keine geistesmäßigen Klagen gegen Frankreich haben.

Auf die Frage, ob dies auch auf Polen zutreffe, habe der Propagandaminister erwidert: Deutschland könne den Korridor für sich nicht als ständige Einrichtung betrachten, aber er sei der Ansicht, daß es keine Frage in Mitteleuropa gäbe, die einen neuen Krieg rechtfertigen und notwendig machen würde. Deutschland wünsche den Korridor zurückzuerhalten, aber es sei überflüssig, daß dies Gegenstand von Verhandlungen sei. Das möge zur Zeit unmöglich erscheinen, aber manche scheinbare Unmöglichkeit seien in Europa im letzten Jahre vermittelt worden. Der Aufstieg der NSDAP zur Macht sei eine davon.

Dr. Goebbels zur Außenpolitik

LONDON, 17. Oktober

Der Propagandaminister Dr. Goebbels hat dem Korrespondenten der „Daily Mail“ in Berlin, Ward Price, einige Fragen im Zusammenhang mit dem Austritt Deutschlands aus dem Bitterbund und der Abrüstungskonferenz beantwortet.

Auf die Frage, ob Goebbels eine Antwort darauf geben könne, ob Deutschland jetzt bereits mit der Aufrüstung beginne, sagte der Propagandaminister: Rein! Deutschland hält sich an seine vertraglichen Verpflichtungen. Es erhebt die Forderung, daß die anderen Unterzeichner des Vertrages ihre Verpflichtungen in derselben Weise erfüllen.

Auf die Frage, wie die Beziehungen, die Hitler in seiner Rundfunkrede im Hinblick auf die deutsch-französischen Beziehungen getan habe, mit dem in dem Buch „Mein Kampf“ und sonstwo

Eines der wichtigsten politischen Ereignisse auf dem Balkan nach dem Kriege war zweifellos die Balkan-Reise des jugoslawischen Königs. Obwohl sie amtlich als eine Privatreise im strengsten Antiquo bezeichnet wurde, waren alle politischen Faktoren vom Anfang an überzeugt, daß die Reise die politische Ziele verfolge und wichtige Folgen für die Beziehungen der Balkanländer untereinander und des Balkans zum übrigen Europa haben werde. Auf seiner Reise kam König Alexander von Jugoslawien mit dem rumänischen König Carol und der rumänischen Regierung, mit dem bulgarischen König Boris, mit dem türkischen Staatspräsidenten Mustafa Kemal und der türkischen Regierung sowie schließlich mit der griechischen Regierung in Berührung. Von den Balkanländern blieb bei dieser Rundreise nur Albanien ausgeschlossen, was angesichts der neuen politischen Bindung zwischen Albanien und Italien und der noch immer herrschenden Spannung zwischen Italien und Jugoslawien verständlich ist.

Zusammenkünfte zwischen Staatsoberhäuptern und von Staatsführern mit ausländischen Regierungen sind stets wichtige politische Ereignisse. Dies gilt nicht in erhöhtem Maße für König Alexander von Jugoslawien, in Anbetracht seiner Stellung als unbefangener Herrscher in der Innen- und Außenpolitik seines Landes. Daß er sich zu einer solchen Rundreise entschlossen hatte, beweist daher, daß er sehr weitgehende und entscheidende politische Ziele verfolgte. Welche Art und diese Ziele? Darüber wird amtlich nichts bekannt gegeben, doch ist es gestattet, aus der allgemeinen Entwicklung der politischen Dinge auf dem Balkan gewisse Schlüsse zu ziehen, die geeignet sind, Klarheit über die letzten Balkanereignisse zu schaffen.

Der Balkan und die Mächte

Wie alle Kleinstaaten hat auch die Balkanländer seit Einführung der Politik der Großmächte. Langsam bricht die Erkenntnis durch, daß die europäischen Großmächte, ohne Unterschied, nicht imstande seien, Ordnung in Mitteleuropa und am Balkan zu schaffen. Die bisherige Politik der Kleinstaaten war ein langames, schrittweises Gefährdungs- und Verfallens- und wenig Vorteile gebracht. In Jugoslawien und auch in allen anderen Balkanländern kommt langsam, aber stets fester ein New Willen gegen die Welt zu dem Ausbruch und die Überzeugung, daß die Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse aus eigener Kraft erreicht werden müsse. Das Fehlen einer Stimmung, die noch keine konkreten Formen angenommen hat und die auch nicht einen jenen, plötzlichen Bruch mit der bisherigen Politik und der Beziehungen zu den Großmächten bedeutet, drängt aber alle Balkanländer und vor allem Jugoslawien dazu, das gewissermaßen die Rolle eines Vermittlers zwischen dem Balkan und dem Westen spielt, langsam eine andere politische Richtung zu empfangen. Der König von Jugoslawien, der heute am weitesten eine der härtesten politischen Individualitäten auf dem Balkan ist, stellt diese Notwendigkeit voraus.

Das Paktsystem

Dies wären die sozogenen psychologischen Motive der Balkanreise des jugoslawischen Königs. Außerdem scheinen aber dem König auch greifbare Ziele vorgezeichnet zu haben. Europa lebt heute mehr denn je in einem Zustand der Unruhe und Unsicherheit. In den kleinen Staaten des Ostens erträgt man diesen Zustand noch schwerer als in den Westländern. Deshalb ist es notwendig für diese Staaten, irgendwelche Mittel zu finden, um wenigstens für eine gewisse Zeit und eine gegebene Situation das Gefühl der Sicherheit und der Ruhe zu erlangen. Aus diesem Bedürfnis entstand das engere Bündnis zwischen den Staaten der Kleinen Entente im Februar dieses Jahres, das nun in Sinaia noch fester zusammengeschlossen wurde. Aus diesem Bedürfnis entstand auch der sogenannte Pakt zwischen den baltischen Kleinstaaten und Ausland und auch das Bündnis.

Die nächsten Ziele

Es bestehen nunmehr im europäischen Osten drei Vertragssysteme mit ein und derselben Aufgabe: Sicherung des Friedens und der bestehenden politischen und staatlichen Verhältnisse in Mitteleuropa. Das Bündnis der Kleinen Entente und der Ostpakt überstreifen und ergänzen sich. Die